Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 146 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 26. Juni 1930

Am Beobachtungsstand.

Der deutschen „Fremdenindustrie" — übrigens eine nicht gerade glücklich gewählte Bezeichnung! — geht es in diesem Jahre noch schlechter als bisher schon. Schließlich ist auch dies nur die Folge der allgemeinen Wirtschaftsdepression nicht bloß in Deutschland selbst, sondern auch in jenen Ländern, deren Bewohner vor dieser Depressionszeit oft und in hellen Scharen auch nach Deutschland kamen. Namentlich in den Vereinigten Staaten hat das Werbeplakat mit dem „Germany want to see you," „Deutschland möchte Sie bei sich begrüßen," in den letzten Monaten einen recht kümmerlichen Erfolg gehabt. Wenn Oberammergau nicht wäre . . . ! Diese Zurückhaltung hat aber nicht nur privatwirtschaftlich, also für die „Fremdenindustrie" recht unangenehme Folgen, sondern das Ausbleiben der Fremden bedeutet einen Verlust für unsere Volkswirtschaft, in deren Zahlungsbilanz dieser Posten auf der Einnahmeseite von großer Bedeutung ist. Eine Art Ausgleich könnte es ja geben, wenn der Deutsche sich nämlich entschließen würde, zum Reiseziel auch einmal — Deutschland zu nehmen. Deutsche Gebirge und deutsche Seebäder, deutsche Erholungsstätten. Vielleicht werden die Klagen, die man aus all diesen Orten und Gegenden über den nur dünn und seicht fließenden Fremdenstrom zu hören bekommt, doch ein wenig nützen und so manchen, für den die Reise ins Ausland zur Gewohnheit wurde, doch zum Nachdenken auch über die wirtschaftlich-finanzielle Zweckmäßigkeit seines bisherigen Tuns veranlassen. Millionen gehen so der deutschen Volkswirtschaft verloren, Millionen, die ihr gerade in der jetzigen Zeit des schweren Wirtschaftskampfes gut zustatten kommen würden.

*

Man hat jetzt „Bilanz gemacht" hinsichtlich der Kosten, die Deutschland für die Besetzung der Rheinlande hat bezahlen müssen. Dabei hat sich die Riesensumme von 6,6 Milliarden Mark ergeben, mehr also, weit mehr noch, als Frankreich 1871 überhaupt an Kriegsentschädigung zu zahlen verpflichtet wurde. Bis zum Inkrafttreten des Dawes-Planes mußte Deutschland so einfach zahlen, was die Rheinlandkommission für die Besatzungstruppen und ihre grotesk weitgespannten „Bedürfnisse" verlangte. Man kann es durchaus verstehen, daß all diese Scharen nicht bloß von Offizieren und Soldaten, sondern auch von Beamten, Frauen und sonstigem Kind und Kegel nur mit einer tiefen Wehmut und einer allerdings überaus materiell eingestellten „Sehnsucht" an die schönen Jahre zurückdenken, als der Deutsche alles, aber auch alles bezahlen mußte, was die Besatzungsbehörden verlangten, unter Drohungen erpreßten. Auch was sonst an Schäden angerichtet wurde, so etwa „für militärische Zwecke" oder „in Ausführung der Bestimmungen über die Entmilitarisierung" usw. — für all und jedes mußte Deutschland die Kosten tragen. Von den indirekt durch die Besetzung verursachten Schäden gar nicht noch zu reden! Denn die Aufräumungsarbeit solcher Art wird auch nach Abzug der Besatzung mühsam und kostspielig genug sein. Und was hätte für jene 6,6 Milliarden alles in jenen Gebieten geleistet werden können, wo der Krieg vier Jahre lang seine Zerstörungsarbeit verheerend genug durchgeführt hatte! Statt dessen hat man bis fast zur letzten Minute im Rheinland selbst solche Zerstörungsarbeit geleistet. Mehr als zwölfeinhalb Jahre nach dem Abschluß des Waffenstillstandes. Das war ein „würdiger" Schlußpunkt!

*

Aber was diese Riesensumme, diese letzte Zerstörung wirtschaftlicher Werte gerade in der jetzigen Zeit für deutsches Empfinden noch besonders schmerzlich macht, das ist der erschreckende Gegensatz, in dem diese Zahl und diese Daten zu der augenblicklich so schweren Not in Deutschland stehen. Mitten im Jahr, während man sonst gerade im Juni dem wirtschaftlichen Höhepunkt entgegenstrebt, kommt die Mitteilung, daß sich die Zahl der Arbeitslosen wieder erhöht hat und daß heute in Deutschland 900 000 Menschen mehr ohne Beschäftigung, ohne Verdienst, ohne Arbeit sind als im vergangenen Jahr. Auch mit der an sich schon grauenhaft hohen Jahresdurchschnittszahl von 1,7 Millionen Arbeitslosen ist gar nicht mehr zu rechnen; jetzt spricht man schon von 2,5 Millionen. Wird diese furchtbare Feststellung nicht endlich dazu führen, daß man in den Kreisen, die das deutsche Volk und seine Geschicke lenken und leiten — sollten, schleunigst vom Reden und Verhandeln zu Taten kommt! Seit Wochen geht das Dahin und Daher dieser Besprechungen und Konferenzen, dieser Sitzungen und Beratungen vor sich; nun aber, sollte man meinen, schlägt doch ein drohendes Heute und Morgen mit eiserner Faust mitten auf den Verhandlungstisch!

Praktische Arbeit für heute und morgen.

Schiele über den Weg zur Rettung der Landwirtschaft.

Nach der Ansprache des Präsidenten Dr. Brandes begrüßte namens des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und der preußischen Regierung Reichsernährungsminister Schiele die Teilnehmer der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates. Er wies darauf hin, daß man bei der gegebenen handelspolitischen, welt- und innenwirtschaftlichen Lage nicht die Wirkungsmöglichkeiten der Agrarpolitik überschätzen dürfte. Die Schäden einer zehnjährigen Vergangenheit seien nur langsam zu heilen. Wer

überspannte Hoffnungen

im Landvolk erwecke, untergrabe das Vertrauen zur Führung und störe die Einigkeit in der Landwirtschaft. Das Getreideproblem sei nur zu lösen, wenn sich die Landwirtschaft produktionstechnisch auf die vorhandenen Absatzmöglichkeiten einstelle, und zwar insbesondere von Roggenbau auf verstärkten Weizenbau. Die Bestrebungen zur Schaffung einer umfassenden Weizenabsatzorganisation seien zu begrüßen. Auch die Hilfe für die Milchwirtschaft sei vordringlich. In der Zinsfrage müßten die in den Genossenschaften tätigen, führenden Landwirte darauf hinwirken, daß die Zinsspannen von der obersten bis zur untersten Stelle so schnell als möglich auf das notwendige Maß herabgedrückt würden.

Praktische Arbeit für das Heute und Morgen zur Rettung der Landwirtschaft zu leisten, sei die Aufgabe. Dieser Weg möge dornenvoll und schwer sein; um so mehr habe man die Pflicht, ihn unentwegt zu beschreiten.

Arbeitsteilung zwischen Ost und West

Um ein Jahrtausend deutsche Geschichte.

Nach der Rede des Ministers Schiele überbrachte der österreichische Minister Hartle die Grüße der österreichischen Regierung und der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaft an die Versammlung des Landwirtschaftsrates. Darauf sprach Geheimrat Dr. Volz, Leipzig, über die Bedeutung des deutschen Osten für die deutsche Gesamtwirtschaft.

Wenn es dem Osten gut gehe, sagte er, dann werde es auch den neuen Siedlungen im Osten gut gehen. Gelinge es aber nicht, dem Osten ein blühendes Leben zu geben, so sei er in wenigen Jahrzehnten verloren und für unsere Enkel werde die Elbe wieder die Ostgrenze bilden. Dann sei ein Jahrtausend deutscher Geschichte vergebens verrauscht.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin von Oppen, Dannenwalde, behandelte die Milchversorgung der Reichshauptstadt. Darauf sprachen der Präsident des deutschen Weinbauverbandes Oekonomierat Dr. h. c. Müller, Karlsruhe „Der Kampf der landwirtschaftlichen Spezialkulturen um den deutschen Markt", der Direktor der Landwirtschaftskammer für Hessen, Dr. Hamann, Darmstadt, über „Der deutsche Obst- und Gemüsebau im Kampf um den deutschen Markt" und schließlich Professor Dr. Schlittenbauer, München, über den Schutz des deutschen Hopfenbaues. Der Versammlung wurde eine Entschließung vorgelegt, in der

ein planmäßiges, auf weite Sicht berechnetes Programm für sämtliche maßgebenden Spezialkulturen

als dringend notwendig bezeichnet wird.

Völlige Einigung im Reichskabinett

Ermächtigungsgesetz oder Artikel 48

Kabinett und Parteien vor der Entscheidung.

Das Reichskabinett hat sich, zuverlässigen Informationen zufolge, bereits auf sämtliche Einzelheiten des Finanzprogramms festgelegt. Es bleibt somit lediglich die Frage zu klären, welche taktische Haltung das Kabinett in den Verhandlungen mit den Parteien einschlagen soll. Reichskanzler Brüning wird am Donnerstag in Neudeck die Ernennung Dietrichs zum Reichsfinanzminister vorschlagen und die weiteren Absichten der Regierung vom Reichspräsidenten genehmigen lassen.

Am Freitag wird die Regierung vom Reichstag ein Ermächtigungsgesetz verlangen. Falls die Ermächtigung, zu der bekanntlich Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, nicht vom Reichstage gegeben werden sollte, wird der Reichskanzler das Finanzprogramm der Regierung im Wege der Notverordnung (also gestützt auf Artikel 48) in Kraft setzen. Dies würde allerdings im weiteren Verlauf der Dinge Neuwahlen zur Folge haben.

Beendigung der Kabinettsberatungen

Die Aussprache im Reichskabinett über die gesamtpolitische Lage wurde im Ministerium unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning wie in Aussicht genommen zu Ende geführt. Die Beratungen führten zur völligen Einigung über die zu ergreifenden finanzpolitischen Maßnahmen. Reichskanzler Dr. Brüning wird im Laufe des morgigen Tages dem Reichspräsidenten hierüber Vortrag erstatten. Nach seiner Rückkehr ist am Freitag Bekanntgabe der Beschlüsse der Reichsregierung zu erwarten.

Wie die Telegraphen-Union in Ergänzung der amtlichen Mitteilung über die Kabinettssitzung vom Mittwoch erfährt, hat das Kabinett in Aussicht genommen, die Deckungsvorlagen am Sonnabend an den Reichsrat gehen zu lassen. Die Regierung ist entschlossen, zur Durchsetzung ihrer Vorlagen alle verfassungsmäßigen Mittel in Anspruch zu nehmen. Man muß daraus schließen, daß der Reichskanzler am Donnerstag den Reichspräsidenten ersuchen wird, ihm unter Umständen die Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung zu ermöglichen, falls etwa — bei dem zu erwartenden Widerstande im Reichsrat und Reichstag — das in Aussicht genommene Ermächtigungsgesetz nicht bewilligt wird. Auf welcher sachlichen Grundlage die Einigung innerhalb des Kabinetts erfolgte, darüber schweigt sich das Kabinett vollständig aus. Von gut unterrichteter Seite wird jedoch mitgeteilt, daß das beabsichtigte Notopfer der Beamten 2½ statt bisher 3% betragen soll. Der Reichsjustizminister Dr. Bredt, der in Augsburg weilte, nahm an der Kabinettssitzung nicht teil. In Regierungskreisen hofft man, daß die Entscheidung über das Regierungsprogramm bezw. über die auf Grund des Art. 48 erlassene Notverordnung bis Mitte Juli gefallen sein wird. Mit etwaigen Neuwahlen würde man unter Umständen also für die zweite Septemberhälfte zu rechnen haben.

Die Demokraten über die neuen Schwierigkeiten.

Die demokratische Reichstagsfraktion besprach die politische Lage, ohne Beschlüsse zu fassen. Es wurde bedauert, daß die Deutsche Volkspartei, statt mit der Regierung und den in ihr vertretenen Parteien eine Lösung zu suchen, durch die ultimative Form ihrer Beschlüsse die Krise verschärft habe, obgleich diese Beschlüsse von dem Standpunkt anderer Parteien und auch der Demokraten grundsätzlich nicht abwichen. Es bedürfe der opferfreudigen Zusammenarbeit aller Regierungsparteien, wenn die Regierung ihre Basis nicht gänzlich verlieren solle.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei

beschäftigte sich am Mittwochabend mit der Frage der finanziellen Sanierung. Es wurde beschlossen, dem Reichskanzler die Stellungnahme der Fraktion in einem Schreiben zu übermitteln. Die Wirtschaftspartei fordert eine wesentlich stärkere Ersparnis an den einzelnen Haushalten als sie bisher vorgesehen war. Sie verlangt auch eine Herabsetzung der Beamtengehälter, wobei sie erklärt, daß sie den Weg der unverschleierten Gehaltskürzung dem eines sogenannten Notopfers vorziehen würde. Die gleiche Gehaltskürzung soll durch Reichsgesetz auch für die Beamten der Länder und Gemeinden vorgeschrieben werden. Die Zuwendungen an die Länder sollen entsprechend gekürzt werden. Eine Verkehrssteuer lehnt die Partei ab, dagegen verlangt sie für die Gemeinden eine Kopfsteuer oder eine Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Bei Erfüllung ihrer Forderungen würde die Wirtschaftspartei einem mäßigen Zuschlag zur Einkommensteuer in den höheren Steuerstufen zustimmen.

Das Lübecker Impfverbrechen

Die Voruntersuchung gegen die Lübecker Professoren eingeleitet

Der Oberstaatsanwalt beim Lübecker Landgericht hat auf Grund des vorliegenden Untersuchungsmaterials in der Calmette-Angelegenheit gegen die Professoren Deycke und Klotz, gegen Dr. Altstaedt, sowie gegen die Laboratoriumsschwester des Prof. Deycke wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung die Voruntersuchung beantragt. Die Voruntersuchung ist vom Untersuchungsrichter eingeleitet worden.

Abschluß der Weltkraftkonferenz.

Die Vorträge des letzten Tages.

Am letzten Tage der Weltkraftkonferenz war nur noch der Vormittag zwei wissenschaftlichen Fachsitzungen gewidmet. Zum Thema „Werke mit kombinierter Energiewirtschaft" lagen nicht weniger als 15 Beiträge vor, die durch den Generalbericht von Dr.-Ing. F. Maguerre zusammengefaßt wurden. Da mit der

Verbesserung des Energieabsatzes,

dem Leitgedanken der Zweiten Weltkraftkonferenz, die Fragen der Energieverteilung auf weite Strecken aufs engste verknüpft sind, war den „Schaltanlagen und Einrichtungen zur Fernmessung und Nachrichtenübermittlung" die letzte Fachsitzung der Weltkraftkonferenz gewidmet. Die 12 Beiträge dieser Sektion boten eine Fülle wertvollen Erfahrungsmaterials.

Die Konferenz trat nachmittags zu ihrer Schlußsitzung zusammen. Der Stellvertretende Geschäftsführer der Konferenz, Diplom-Ing. F. zur Nedden, erstattete

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF